

Die „urbane“ Stadt – ein Anachronismus?

Das vielleicht wichtigste Grundprinzip der gegenwärtigen Stadtentwicklung Planung ist die Nutzungsmischung, das heißt in erster Linie eine auf angelegte Vernetzung der Daseinsgrundfunktionen im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“ oder „kompakten Stadt“ (Heineberg 2000). Kurze Wege müssen eine schnelle Verbindung zwischen den einzelnen Punkten ermöglichen, damit auf engem Raum eine Vielfalt von Leben, Arbeit und Kultur entstehen kann. Eine adäquate Mischung von Funktionen und Nutzungen auf Stadtteilebene könne zudem für urbane Vielfalt und Identifikation der Bürger sorgen – kurz: „Urbanität“ schaffen – und dabei ökologische Ziele und soziale Ansprüche zumindest einander annähern. Urbanität ist keine neues Schlagwort der Stadtplaner, sondern im Zuge des Fordismus zu einer historischen Kategorie geworden. Vor dem Hintergrund des Postulats, Wohnen und Arbeiten zu trennen (s. Modul „Freiraum und Grünflächen“), erfuhren die gewachsenen Siedlungen im Zuge des Verstädterungsprozesses eine Auflösung zugunsten unzusammenhängender Strukturen einschließlich monofunktionaler ‚Schlafstädte‘, so dass räumliche Bindungen bzw. Identifikationen verloren gingen. Das überkommene (wenngleich relativ unscharf definierte) Leitbild erfährt nun angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Wandlungsprozesse eine Renaissance. Angesichts „der Globalisierung“ mit zunehmendem Wettbewerb zwischen Kommunen bzw. Regionen und (technischer) Entwicklungen im IuK-Bereich (Information und Kommunikation), welche geographische durch chronologische Ordnungen ersetzen, wird der Wunsch nach lokalen Identitäten wieder größer, anstelle einer funktionalen möchte man wieder eine urbane Stadt und soziale Folgen der Funktionstrennung – Tendenzen der Segregation und privaten Isolation sowie Identifikationsverluste – kompensieren. Als erstes ist im Zusammenhang mit Urbanität von der Schaffung öffentlicher Räume und von Kultur die Rede, vielfach auch von so genannten Erlebnisräumen. Diese hingegen werden zum Beispiel von Swoboda (1996, S. 66) mit Skepsis gesehen, da hier Erlebnis mit Erholung ‚verwechselt‘ würde und demzufolge (durch Großprojekte) „künstliche“ Orte entstünden, Urbanität daher nur „inszeniert“ würde. Für ihn sind die Erlebnisgesellschaft und Urbanität nicht ohne weiteres vereinbar. Im Allgemeinen sind sich Planung und Politik jedoch darüber einig, dass öffentliche Räume bzw. kleinräumige Nutzungsstrukturen, die vielfach monotonen und monofunktionalen Orten gegenübergestellt werden, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur (erneuten) Herausbildung urbaner Strukturen darstellen. Großprojekte (z.B. Alpin-Center) werden in der Regel als ungeeignet angesehen, um städtische Strukturen zu bewahren. Doch dieser Vorsatz ist nicht unproblematisch, denn diejenigen gesellschaftlichen Veränderungen, welche den Ruf nach Urbanität wieder haben laut werden lassen, sind gleichzeitig ein Hinderungsfaktor. Denn (auch) infolge eines wachsenden Konkurrenzdruckes werden für bestimmte städtebauliche Projekte zunehmend private Investoren einbezogen (z. B. Public-Private-Partnerships), die als (beteiligte) Geldgeber ihre Interessen durchsetzen möchten. Als Hauptfragen treten vielfach Image, Standortqualität und Ranking in den Vordergrund, und Stadtplanung wird zum Stadtmanagement. So können mitunter konsensfähige soziale und ökologische Ziele durch ökonomische Interessen bis zu einem gewissen Grad wieder kompromittiert werden.

Quelle:

David, T., Neuhaus, K. (1998): *Bochum Innenstadt-West: Ein Planungsvorhaben im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung? – Hauptseminararbeit, vorgelegt am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum, 85 S., überarbeitet 2003*